

SAL: Antrag fürs Kraftwerk

Verträge mit Trianel zur Abwasserbeseitigung sind ausverhandelt

Lünen • Die Partnerschaft zwischen Trianel und dem Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen (SAL) ist offenbar (fast) perfekt.

Beim Erörterungstermin im Hansesaal, der sich gestern zuerst mit dem Paket von Einwendungen zu „Auswirkungen auf die Lippe“ befasste, bestätigte die Bezirksregierung Arnsberg, dass SAL bereits einen Antrag auf abwasserrechtliche Genehmigung gestellt hat.

Auch Trianel-Anwalt Dr. Christoph Riese sagte: „SAL wird die Prozessabwässer in die Lippe leiten.“

Nicht beschlossen

Für SAL schränkte Klaus Schlottke etwas ein: Der Vertrag sei zwar ausverhandelt, aber noch nicht vom Verwaltungsrat des städtischen Abwasserbetriebes beschlossen worden.

Der voraussichtlich 160 Meter hohe Kühlturm produziert bis zu 458 Kubikmeter Prozessabwasser aus dem Kühlprozess pro Stunde. Kraftwerksgegner und Um-

weltschützer sehen das naturgemäß kritisch.

Sie fürchten, dass der Fluss aufgeheizt und mit zusätzlichen Schadstoffen belastet wird.

Nach der Umweltverträglichkeitsuntersuchung im Auftrag von Trianel wird das nicht passieren.

Temperaturerhöhung

Die Temperaturerhöhung bleibe unter 0,05 Grad, die zusätzliche Sulfatbelastung

liege bei maximal 1,5 Prozent, die mit Chlorid bei maximal 1 Prozent. Gemäß den für den Fluss vorgegebenen und zu erreichenden Schutzziele sei das „nicht signifikant“, erklärte der von Trianel beauftragte Gutachter Dr. Bernd Franke.

Dass es angeblich „nur nicht schlimmer wird“, reicht den Umweltschützern nicht. Sie fordern eine Senkung der Schadstoffbelastungen des Flusses.

Mit einer Genehmigung werde die „hohe Belastung auf Jahrzehnte zementiert“, hieß es.

Genehmigung

Für die abwasserrechtliche Genehmigung ist ein gesondertes Verfahren erforderlich, das noch von der Bezirksregierung durchzuführen ist, allerdings ohne Beteiligung der Öffentlichkeit.

Gestern Abend endete der Erörterungstermin kurz vor 19.30 Uhr. Das Thema „Auswirkungen auf die Lippe“ konnte abgehakt werden. ■ Fie-

Fortsetzung

■ Heute morgen geht es beim Erörterungstermin mit dem Punkt „Einwendungen zu Verfahrensfragen“ weiter.

■ Danach will die Bezirksregierung die Punkte „Immissionen durch Luftverunreinigungen“ und „Lärmimmissionen“ behandeln. Grund: Heute können Experten des Landesamtes für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz anwesend sein.